

Im Jahre 1 nach Trump

Werner Peters



D. Trump – von Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=51025646>

Wenn man sich die Aufgabe stellt, die Situation der USA im Jahre 1 nach dem Amtsantritt von Donald Trump zu beschreiben, dann sollte man der Versuchung widerstehen, sich in die Details seiner Amtsführung zu verlieren, seine Erfolge und Misserfolge aufzuzählen und zu kommentieren.

Man sollte auch gar nicht versuchen, eine Art Linie zu finden in den oft widersprüchlichen und teilweise erratischen Handlungen und Verlautbarungen des neuen Präsidenten der USA. Die Person Trump ist nämlich gar nicht so wichtig. Sie bekam und hat bedauerlicherweise durch die Aufmerksamkeit der Medien und deren Vielfältigkeitseffekt eine ihr gar nicht angemessene Bedeutung. Wichtig ist vielmehr das Phänomen Trump. Wie konnte eine Person wie Trump in das höchste Staatsamt eines einigermaßen aufgeklärten und demokratisch hoch entwickelten Landes kommen, und was bedeutet die Wahl Trumps für die Zukunft der USA (und in gewisser Weise für die Welt)?

Von daher möchte ich die Analyse des politischen Zustands der USA auf die Frage zuspitzen: Ist die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA ein grundstürzendes Ereignis,

eine Zeitenwende, mit der das Ende des westlichen Modells der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie eingeläutet wird, oder handelt es sich um eine gefährliche, aber letztlich temporäre Abweichung, eine Verwirrung der Gemüter, die bei den nächsten Wahlen wieder korrigiert wird?

Ich werde mich an die Beantwortung dieser Frage in drei Schritten herantasten: Zunächst geht es darum, das Wahlergebnis in der richtigen Weise zu interpretieren und zu bewerten.

Anschließend muss zumindest summarisch die gegenwärtige politische Situation in den USA, wie sie sich unter Donald Trump entwickelt hat, dargestellt werden.

Daran schließt sich als dritter und entscheidender Teil die Untersuchung an, ob es Anzeichen für strukturelle, fundamentale Veränderungen der amerikanischen Politik gibt und ob Gegenströmungen bemerkbar und wirkungsmächtig sind. Das sollte dann helfen, die Frage zu beantworten, ob und wie weit die Wahl Donald Trumps ein Wendepunkt in der amerikanischen Politik ist.

Zum Wahlergebnis



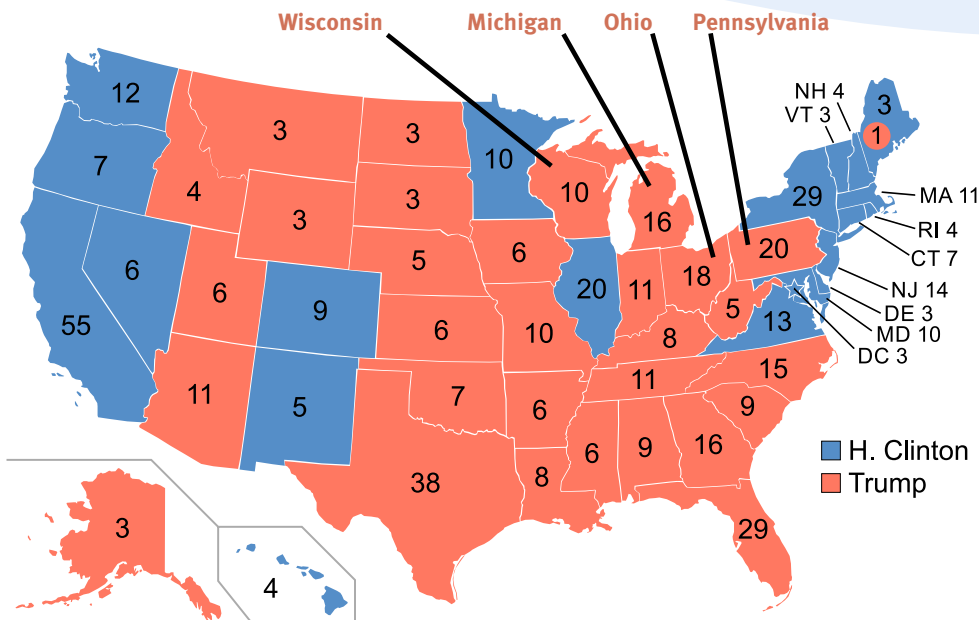
Vor der Wahl wurden seine Chancen unterschätzt, nach der Wahl wird das Ergebnis überschätzt. Ich meine damit nicht die Wahl an sich. Es zeigt sich jetzt schon, dass die Präsidentschaft Donald Trumps die politische Landschaft der USA und die Ausrichtung der amerikanischen Gesellschaft nachhaltig verändern wird. Aber es ist grundfalsch zu behaupten, dass diese Wahl sozusagen ein Naturereignis war, das so kommen musste, weil das Volk auf eine Botschaft wie die von Donald Trump gewartet hat, dass mit dieser Wahl das „wahre“ Amerika sichtbar geworden ist, dass es geradezu einen Erdbeben nach rechts gegeben hat. Die

Schlagzeilen am Mittwoch nach der Wahl hätten genauso gut lauten können: „Erster weiblicher Präsident gewählt.“ oder sogar: „Erster bekennender ‚Sozialist‘ US-Präsident: Bernie Sanders mit großer Mehrheit gewählt.“

Es ist nicht das Ziel dieser Analyse herauszuarbeiten, ob Sanders gegen Trump gewonnen und wie die politische Landschaft Amerikas sich nach einem Sieg von Sanders verändert hätte. Fakt ist, dass Trump nur gegen eine demokratische Kandidatin Hillary Clinton gewinnen konnte, die er zu einem wahren Monster dämonisieren und als Zerrbild alles dessen, was angeblich schief läuft in Amerika, vorführen konnte. An Sanders wäre die Demagogie gegen das „korrupte Establishment“ ebenso abgetropft wie der populistische Ruf nach Veränderung, den Sanders erheblich glaubwürdiger hätte bedienen können als Trump.

Dabei hat auch Hillary Clinton landesweit einen deutlichen Vorsprung vor Trump gehabt, aber die Wahl aufgrund des merkwürdigen amerikanischen Wahlsystems mit einem optisch hohen Abstand verloren. Nichtsdestoweniger hätte Hillary Clinton diese Wahl für sich entscheiden können, trotz des nicht zu leugnenden Trends nach rechts, der diese Wahl gekennzeichnet hat. Sie hat diese Wahl verloren, weil sie einen katastrophalen strategischen Fehler in ihrer Wahlkampfführung gemacht hat. In jeder kämpferischen Auseinandersetzung, ob beim Schach, beim Boxen, im Krieg oder eben im Wahlkampf gilt als geradezu eisernes Gesetz, dass man erst die eigene Basis deckt, bevor man zum Angriff übergeht. Hillary Clinton hat dieses Gesetz sträflich missachtet, indem sie es versäumt hat, ihre Kräfte darauf zu konzentrieren, die demokratische Basis zu decken und zu verteidigen.

Dabei war die Gefahr, die von Trump in den grundsätzlich demokratisch orientierten



Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2016 nach Bundesstaaten. Rote Staaten: Mehrheit für Donald Trump (Republikaner) – Blaue Staaten: Mehrheit für Hillary Clinton (Demokraten) – Ausnahme: Maine (ganz rechts oben) vergab eine Wahlmännerstimme an Trump und die anderen drei an Clinton. Von Gage – 2012 Electoral College map, CC-BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35172210>

tierten sogenannten „rust-belt“-Staaten Pennsylvania, Michigan, Wisconsin (zusammen 46 Stimmen) zuzüglich dem „swing-state“ Ohio (18 Stimmen) ausging, nicht zu übersehen. Schon bei der republikanischen Vorwahl hatte sich Trump damit gebrüstet, dass er Michigan, einen bis dahin soliden demokratischen Staat, gewinnen könnte, weil die Menschen auf seine Botschaft von den durch die Demokraten verursachten Fabrikschließungen und Jobverlusten aufgrund des Freihandelsabkommen und seine völlig illusorischen Versprechungen, die Jobs zurückzubringen, mit Begeisterung reagierten. Clinton hat in einer Mischung aus sträflicher Nachlässigkeit, gepaart mit einer Spur Überheblichkeit gegenüber dieser Demagogie, das Ausmaß der Wut der Zurückgebliebenen gegenüber den politischen Eliten unterschätzt und nicht genug daran gearbeitet, die demokratische Basis, die in diesen Staaten solide vorhanden ist, entsprechend aufzurütteln und zu stärken. So ist sie z. B. während des eigentlichen Wahlkampfes nicht ein einziges Mal in Wisconsin gewesen, Pennsylvania und Michigan hat sie erst spät, zu spät wichtig genommen.

Sie brauchte diese Staaten nicht zu verlieren. Der Vorsprung von Trump in jedem dieser drei bisher demokratischen Staaten war gerade mal ein Prozent, er reichte aber aus, um eine tektonische Verschiebung der politischen Landkarte um 92 Stimmen im Wahlkolleg herzustellen, die das „Wun-

der“, wie Trump vor der Entscheidung seinen Anhängern verkündet hatte, wahr werden ließ. Die Wahl hätte also genauso gut gegen Trump ausfallen können. Das offizielle Wahlergebnis, der eindrucksvolle Vorsprung im Wahlkolleg, suggeriert eine Umschichtung der Wählerschaft, eine politische Landschaftsverschiebung, die so nicht stimmt. Unzweifelhaft hat es Abwanderungen demokratischer Stammwählerschaft zu den Republikanern (besser gesagt: zu Trump) gegeben, aber das Wahlergebnis zeigt deutlich, dass sich an der Basis keine grundlegenden Veränderungen ergeben haben. Trump hat seinen Sieg ganz wesentlich der Tatsache zu verdanken, dass er Menschen, die normalerweise nicht zur Wahl gehen, dazu bewegen konnte, ihre Frustration und ihren sonst stummen Protest an die Wahlurnen zu tragen, während es Hillary Clinton nicht geschafft hat, die demokratische Basis so von sich zu überzeugen, wie es Obama gelungen ist. Das gilt im Übrigen auch für Donald Trump. Er hat zwar etwa so viele Stimmen bekommen wie vier Jahre vorher der republikanische Bewerber Mitt Romney. Aber wenn man die Überläufer von den Demokraten und vor allem die große Zahl der bisherigen Nichtwähler abzieht, die dieses Mal gewählt haben, und zwar Donald Trump, so wird deutlich, dass er das republikanische Potential nicht ausschöpfen konnte. Die Wahlbeteiligung war mit 58,1 % auf dem niedrigsten Stand seit Jahrzehnten –

nur war es eben Trump gelungen, bisherige Nichtwähler zu mobilisieren.

Um es zusammenzufassen: Das Wahlergebnis lässt sich nicht als gesellschaftlicher Erdbeben interpretieren, aus dem Donald Trump einen Auftrag herleiten kann, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf umzukehren. Allerdings hat er die Macht dazu, und damit kommen wir zum Teil 2 der Analyse.

Mit Macht ausgestattet



Mit der Wahl zum Präsidenten ist Donald Trump eine ungeheure Machtfülle zugefallen, die er auch bereits zügig nutzt, um seine politischen Vorstellungen und die Ideen seiner Vertrauten umzusetzen. Von den Verfassungsvätern ist das Amt des Präsidenten ganz bewusst als Gegenmodell zur (damaligen!) Rolle und Macht des britischen Königs als die schwächste der drei Gewalten konzipiert worden. Die eigentliche politische Kraft sollte beim Kongress, der Vertretung des Volkes, konzentriert sein. Der Präsident ist der „Chief Executive“, der die Gesetze ausführt, die der Kongress eigenständig verabschiedet. Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sich mit dem Entstehen des modernen Wohlfahrtsstaates und einer riesigen Bürokratie, deren Chef der Präsident ist, die Einflussmöglichkeiten des Amtes enorm ausgeweitet – von der Rolle des Präsidenten als Oberbefehlshaber der Weltmacht USA ganz abgesehen.

Wenn auch der Kongress vollkommen souverän in seiner Gesetzgebungskompetenz ist, so hat sich doch im Lauf der Zeit auch auf diesem Gebiet eine Machtverschiebung ergeben, indem der Präsident über sogenannte „executive orders“ ohne eigentliche Gesetzesvollmacht in die Politik eingreift und diese maßgeblich beeinflussen kann. So hat Barack Obama, der sich in den acht Jahren seiner Präsidentschaft einer massiven Opposition, ja, geradezu Blockade des republikanisch beherrschten Kongresses gegenüber sah, mit dem Instrument der „executive orders“ weitreichende politische Entscheidungen getroffen. Diese „Anordnungen“ können aber, anders als Gesetze, auch genau so leicht wieder außer Kraft gesetzt werden, ebenfalls ohne den Kongress beizuziehen, und

Donald Trump hat mit diesem Instrument Hunderte von Verfügungen erlassen, die die politische Landschaft in seinem Sinne verändert haben:

- In der Umweltpolitik
- In der Wirtschafts- und Handelspolitik
- In der Finanz- und Steuerpolitik
- In der Sozial- und Gesundheitspolitik
- In der Außenpolitik
- Und nicht zuletzt in der Rolle des Staates in der Gesellschaft.

Es sind aber nicht nur seine Erlasse und Verfügungen, mit denen er langjährige politische Entwicklungen radikal umkehrt, fast noch gravierender sind seine personalpolitischen Entscheidungen, indem er Menschen an die Spitze von Ministerien und Behörden gesetzt hat, die genau das Gegenteil von dem auf ihrer Agenda haben, für das diese Ämter stehen. Besonders krass sind die Berufungen von Steve Pruitt als Leiter des Umweltressorts (EPA), der sich als entschiedener Gegner des Klimaschutzes profiliert hat, und von Betsy DeVos als Erziehungsministerin, die sich klar gegen das öffentliche Schulwesen positioniert hat. Mit solchen Personen in seiner Verwaltung ist die Absicht, das bisherige politische System von Grund auf in Frage zu stellen, wie es sein Berater Steve Bannon offen verkündet hatte, nicht zu übersehen. Auch die bewusste Nicht-Besetzung zahlreicher Stellen in den Ministerien und nachgeordneten Behörden, die zur Lähmung des Betriebs und zur Demotivation der verbliebenen Mitarbeiter führt, geht in dieselbe Richtung.

Wie weit Donald Trump damit eine grundlegende Veränderung im amerikanischen politischen System und in der Einstellung der Bevölkerung erreicht, wird abzuwarten sein. Die erfolgreiche Besetzung des frei gewordenen Sitzes im Obersten Gerichtshof durch einen erzkonservativen Richter wird jedenfalls auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte das Gewicht des rückwärtsgewandten Amerika verstärken. Aber seine Misserfolge sind ebenfalls nicht zu übersehen. Obwohl er in einer geradezu idealen politischen Konstellation regiert, mit einer republikanischen Mehrheit in beiden Häusern, ist er mit seinen großen Gesetzesvorhaben bisher gescheitert. Das ist nicht so sehr der Tatsache geschuldet, dass der Kongress im amerikanischen Regierungssystem völlig unabhängig vom Regierungschef ist und diese Rolle

auch in der Vergangenheit stets wahrgenommen hat. Während in einem solchen System ohne Fraktionszwang und ohne die Notwendigkeit einer stabilen Regierungsmehrheit wechselnde Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg die Regel waren, hat sich spätestens seit der Wahl Obamas im Kongress so etwas wie Regierungsfraktion und Opposition herausgebildet, insbesondere eine Fundamentalopposition der Republikaner. Nun ist diese mit der Wahl von Donald Trump sozusagen Regierungsmehrheit, aber sie ist nicht homogen, sondern ideologisch uneins. Die Mehrheit der republikanischen Fraktion stützt zwar (noch!) den Präsidenten, weil sie von ihm die Erfüllung ihrer wichtigsten Ziele erhofft, vor allem Steuerreformen zugunsten der Unternehmen und der Oberschicht, Deregulierung der Wirtschaft, Abbau der Sozialbürokratie, Rückzug des Bundes aus dem politischen Geschehen und Übertragung möglichst vieler Zuständigkeiten auf die Einzelstaaten. Aber an den Rändern dieser Fraktion gibt es ausreichend Abweichler, sowohl Ultra-Konservative, denen die Maßnahmen nicht radikal genug sind, und einige wenige Moderate, so dass bei den wichtigen Gesetzen bisher die Mehrheit für das Gesetzgebungsprogramm von Donald Trump meist nicht zustande gekommen ist. Ausnahmen wie die jüngst mit knapper Mehrheit durchgebrachte Steuerreform bestätigen die Regel, weil er sich hier um das heiß ersehnte Lieblingsprojekt aller Republikaner handelte: Steuererleichterungen für die Unternehmen und die Vermögenden. Wie prekär die Situation des republikanischen Präsidenten gegenüber einem mehrheitlich republikanischen Kongress ist, zeigt die Tatsache, dass Trump die Erhöhung der Schuldenaufnahme zur Deckung der Staatsausgaben nur mit Hilfe der Demokraten durchsetzen konnte. Seine eigenen Parteifreunde hätten die Regierung in die Insolvenz getrieben.

Neben dem durchaus renitenten Kongress erweist sich auch die dritte Gewalt im Staat, die Gerichtsbarkeit, als wirkungsmächtiges Bollwerk gegen den Versuch, in autoritärer Weise durchzuregieren. Sie hat bisher ihre Unabhängigkeit von der Politik eindrucksvoll unter Beweis gestellt, aber das ist keine Garantie für die Zukunft. Denn natürlich kann der Präsident im Laufe der Zeit die einzelnen Gerichts-

höfe mit ihm genehmen Personen besetzen. Das Ermittlungsverfahren über die mögliche Zusammenarbeit des Trump-Wahlkampfteams mit russischen Agenten zeigt ebenfalls, dass der Präsident nicht nur nicht allmächtig ist, sondern unter dem Gesetz steht.

Allerdings zeigt sich die Basis, die Donald Trump zu seinem Wahlsieg verholfen hat, von allen Misserfolgen und Verfehlungen des Präsidenten unbeeindruckt. Er verfügt zwar nur über eine Zustimmungsrate von 35 Prozent (bei 62 Prozent, die seine Amtsführung missbilligen) – die schlechteste Quote eines Präsidenten in seinem ersten Jahr – aber seine Anhänger stehen geradezu fanatisch zu ihm. Er ist auch bemüht, diese Basis sorgsam zu pflegen mit Reisen durchs Land und Veranstaltungen, die an Wahlkampfauftritte erinnern, und mit der Flut seiner unqualifizierten, aggressiven und meist wahrheitswidrigen Twitter-Verlautbarungen. Seine Basis liebt ihn und verehrt ihn, weil er gegen die Eliten zumindest verbal Krieg führt, weil er gegen das politische Establishment Politik betreibt, gerade weil ihn die Medien kritisieren, gerade weil er Normen verletzt. Sie sehen ihn als einen von ihnen.

Zur rechten Zeit politisch unkorrekt



Zweifellos hat Donald Trump die politische Landschaft der USA radikal verändert, aber radikale Neuerungen, Außerkraftsetzungen der Vorgängerregierung, neue Programme und Zielsetzungen sind nichts Außergewöhnliches bei einem Machtwechsel – auch in positiver Hinsicht, wenn man nur an die Aufbruchsstimmung beim Wechsel von Eisenhower zu Kennedy denkt. Ein anderer dramatischer Paradigmenwechsel war die Machtübernahme durch Ronald Reagan, die die Ära des Neoliberalismus einläutete.

Mit der Wahl von Donald Trump ist etwas qualitativ anderes passiert, er hat die Normen und die über fünfzig Jahre gültigen ungeschriebenen Regeln des politischen Verhaltens gebrochen und er ist damit durchgekommen. So hat er zum Beispiel bei seiner Nominierung zum Kandidaten nach der Aufzählung einer langen Liste von Problemen, mit denen das Land konfrontiert sei, seine Rede damit beendet: „*And I alone can fix it*“.



Ein solch maßloser und autoritärer Anspruch widerspricht den innersten Prinzipien des amerikanischen Verständnisses von Politik, das geprägt ist von der Notwendigkeit der Gewaltenteilung und dem Prinzip der „checks and balances“ und dem ein gesundes Misstrauen gegen die Übertragung von Macht auf einen Einzelnen zugrunde liegt. Aber die Menge hat ihm zugejubelt.

Trump ist durchgekommen mit seiner Weigerung, der ungeschriebenen Tradition zu folgen, seine Steuerklärung offen zu legen. Er hat in den letzten Wochen vor der Wahl erklärt, dass er das Ergebnis der Wahl nicht anerkennen würde – ein Tabubruch ohnegleichen. Er kommt auch damit durch, dass er sich als Präsident *de facto* nicht von der Kontrolle seiner geschäftlichen Angelegenheiten zurückzieht.

Er reiht nicht nur im Wahlkampf, sondern auch weiter als Amtsinhaber eine Lüge an die andere. Er beschimpft seine politischen Gegner auf die brutalste und vulgärste Weise. Er erklärt die Medien, die ihm nicht gefallen, zu Volksfeinden. Der größte Bruch mit allem, was bisher gültig war, ist die Tatsache, dass viele seiner Wähler ihn für inkompetent und sogar gefährlich für das Amt des Präsidenten gehalten haben – und ihm trotzdem ihre Stimme gegeben haben.

Trump hat instinktiv darauf gesetzt, dass die Festung der politischen Korrektheit brüchig geworden war, dass die amerikanische Gesellschaft nicht mehr stark genug war, den bis dato anerkannten politische Verhaltenskodex zu verteidigen und den Tabubrecher in der Weise zu bestrafen, dass man ihm die Zustimmung entzieht. Im Gegenteil: diese Tabubrüche haben ihn bei seiner Anhängerschaft zum Helden gemacht. Hier spielt natürlich auch das neue Instrument der „Social Media“ eine ent-

scheidende Rolle. Zum ersten Mal war es möglich, ohne den Umweg über die Medien tagtäglich und ungefiltert mit der Basis zu kommunizieren.

Dass Trump sich nicht an die Spielregeln der liberalen Demokratie hält, ist nicht das Gefährliche, sondern dass die liberale Demokratie so geschwächt ist, so in die Defensive gedrängt, dass sie ihre Spielregeln nicht mehr bestimmen kann. Ob man ihn als Clown, Showman oder Usurpator bezeichnet, die liberale Demokratie hat für diese Art von Politiker noch kein Mittel gefunden. Dies ist umso gefährlicher, weil mit diesen Tabubrüchen ja eine ganz klare Strategie verbunden ist, nämlich die etablierte Politik, den bisherigen politischen Konsensus zu zerstören.

Jedes Mal geht eine Welle der Empörung durch das Land, wenn Donald Trump sich wieder einmal eine seiner Provokationen leistet. Warum aber zeigt die Empörung keine Wirkung, erweckt vielmehr den Eindruck von Hilflosigkeit?

Der Grund ist sicher darin zu sehen, dass die etablierte liberale Demokratie ihren Rückhalt bei der Bevölkerung vielleicht noch nicht ganz verloren, aber doch stark eingebüßt hat.

Trumps Wahl hat die Schwächen der liberalen Demokratie bloßgelegt:

- Sie ist zu selbstzufrieden mit den relativen Erfolgen bei der materiellen Befriedigung der Gesellschaft
- Sie ist zu eng verbunden mit dem kapitalistischen System, das in seiner Spätphase dabei ist, die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zu spalten
- Sie ist zu unaufmerksam für die Opfer der Globalisierung
- Sie ist zu progressiv und elitär in kulturellen Fragen
- Und vor allem: sie ist ohne identitätsstiftende Ziele

Noch einmal: Trump hat diese Schwächen nicht geschaffen, sondern nur offengelegt. Seine Wahl hat deutlich gemacht, wie stark die Ängste und Bedürfnisse der Menschen sind, die sich von der liberalen Demokratie nicht mehr repräsentiert fühlen. Insofern war die Wahl Donald Trumps und die immer noch anhaltende Zustimmung, die er von einem nicht geringen Teil der amerikanischen Bevölkerung erhält, nicht nur ein momentaner Protest, sondern ein Indiz für eine tiefer liegende Krise.

Man kann also, um auf die Eingangsfrage zurückzukommen, sagen, dass die Wahl Donald Trumps für sich zwar kein epochales Ereignis war, aber ein Indiz dafür, dass in der amerikanischen Politik (und in den westlichen Gesellschaften allgemein) etwas grundsätzlich in Bewegung geraten ist.

Unterschiede zum europäischen Staatsverständnis

Was hier mit Blick auf die USA gesagt wird, ist in gewisser Weise der Zustand in vielen der entwickelten westlichen Gesellschaften, wo der Populismus zu einer echten Gefährdung der Grundlagen der liberalen Demokratien heranwächst. Nichtsdestoweniger ist der „Trumpismus“ eine amerikanische Besonderheit, die einen Teil ihrer Wurzeln in bestimmten politischen Traditionen hat.

An erster Stelle ist hier die das amerikanische politische Selbstverständnis prägende Distanz des Bürgers zum Staat zu nennen. Der Staat, die Regierung, die Verwaltung wird nicht wie in Europa als sorgende Institution gesehen, sondern eher als Feind, der den Einzelnen in seiner individuellen Selbstverwirklichung einschränkt. Die Idee des Wohlfahrtsstaates – obwohl auch in den USA längst Realität – wird als fremd, ja schädlich für die Freiheit empfunden. Diese Distanz zum Staat verträgt sich merkwürdigerweise problemlos mit einer tiefen Identifikation mit dem spirituellen Gebilde USA, die zu einem für unser Empfinden bereits überzogenen Patriotismus führt. Für die meisten Amerikaner ist der Glaube an die Einzigartigkeit und Superiorität der amerikanischen Nation und des amerikanischen politischen Systems unerschütterlich. Aus diesem Glauben speisen sich zwei eigentlich gegensätzliche politische Strömungen, einerseits

der missionarische Eifer „to make the world safe for democracy“ und andererseits ein bewusster Isolationismus, um die amerikanischen Werte zu bewahren und nicht von der Schlechtigkeit der Welt angesteckt zu werden. Hier hat Trumps „America first“ seine Wurzeln, hier auch seine Kampagne gegen Einwanderung (die es im Übrigen in der Geschichte Amerikas in Abständen immer wieder gegeben hat).

Trumps konsequenter Kampf gegen den umverteilenden Wohlfahrtsstaat kommt dem amerikanischen Selbstverständnis von einer Nation freier Individualisten entgegen und findet deshalb auch über den Kreis seiner fanatischen Anhänger hinaus Zustimmung. Er konnte sich für seine „Bewegung“, wie er sein politisches Programm bezeichnet, schon auf einen fest organisierten Stamm von ideologisch gleich gesinnten Wählern stützen: die sogenannte „tea party-Bewegung“, die ungefähr mit der Wahl des in republikanischen Kreisen zutiefst verhassten Barack Obama aufgekommen ist und inzwischen die Partei der Republikaner sowohl ideologisch wie auch organisatorisch mehr oder weniger beherrscht. Ihr Credo war und ist:

- Steuersenkungen
- Deregulierung der Wirtschaft
- Abbau von Bürokratie
- Rückführung des Staatsdefizits
- Verbot der Abtreibung
- Übertragung von Bundeskompetenzen auf die Einzelstaaten

Diese politische Agenda war bereits formuliert und Teil des republikanischen Programms, bevor Trump auf die Bühne trat. Trump, der in machen Politikbereichen eher liberalere Positionen vertrat, hat dieses Programm übernommen. Er hat es konkretisiert und vulgarisiert und mit rassistischen und fremdenfeindlichen Punkten gewürzt, so dass es für ein breiteres Publikum attraktiv wurde. Es ist ein zutiefst illiberales, rückwärts gerichtetes und undemokratisches Programm. Ob er in den noch verbleibenden drei Jahren viel von dieser Agenda umsetzen kann, bleibt abzuwarten. Wie bereits ausgeführt, vollzieht sich die Veränderung weniger durch spektakuläre neue Gesetze, bei denen sich vermutlich die Widerstände eher noch verstärken dürften, sondern sozusagen unter der Oberfläche

mittels einer Vielzahl von Erlassen und Verfügungen und nicht zuletzt auch durch finanzielles Austrocknen missliebiger Programme, wie etwa die Aushöhung des Krankenversicherungsgesetzes durch Verweigerung der nötigen Zuschüsse. Bis die Folgen dieser Politik auf breiter Front spürbar werden und dann zu massiven Protesten und politischen Revolten führen, wird noch einige Zeit vergehen, in der die USA auf ihrem Weg in die Vor-Moderne gewaltigen Schaden leiden wird.

Die Illusion vom Sieg der freiheitlichen Demokratie 🇺🇸

Und ob es tatsächlich eine Umkehr gibt und die Präsidentschaft Donald Trumps in der Rückschau dann als eine bedauerliche, aber vorübergehende Abweichung von den bisher gültigen Normen gesehen wird, oder ob diese neue Art von Politik in Form und Inhalt sich als Modell der Zukunft etabliert, steht ebenfalls nicht fest. Das Kernproblem ist nicht Donald Trump, sondern die Schwäche des politischen Establishments bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. Francis Fukuyama hat nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums den endgültigen Siegeszug der Demokratie gesehen und vom „Ende der Geschichte“ gesprochen, insofern die politische und gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit mit der globalen Etablierung der liberalen Demokratie an ihr vorbestimmtes Ende gekommen sei. Die Ernüchterung über diese Illusion hat nicht lange auf sich warten lassen. Aber Fukuyama hatte ja mit seinem Wort vom „Ende der Geschichte“ nicht einer naiven Utopie vom ewigen Frieden unter den Völkern das Wort geredet, sondern nur der Grundidee einer Entwicklung der Menschheit zur Freiheit Ausdruck gegeben. Dieser Strang in der Geschichte der Menschheit seit dem Beginn der Moderne ist in der Tat nachzuvollziehen, zuerst eine geistig-seelische Befreiung aus den Doktrinen der Religion mit ihren Vorstellungen vom Leben nach dem Tod im Paradies oder in der Hölle, dann die physische Befreiung von der Leibeigenschaft und der Servilität gegenüber Herrschern von Gottes Gnaden und schließlich die Befreiung von den unmittelbaren Nöten der Existenz durch eine vom Kapitalismus angetriebene und vom Wohlfahrtsstaat gemäßigte Wirtschaftsentwicklung.

Aber nach den Errungenschaften der „Freiheit wovon“ wird deutlich, dass der Raum der „Freiheit wozu“ leer ist. Die Antwort des Kapitalismus, der in den liberalen Gesellschaften die Wertvorstellungen bestimmt, nämlich Konsum und Unterhaltung, ist offensichtlich ungenügend, zumal der Kapitalismus in seiner Spätphase an seine Grenzen stößt und das Versprechen steigenden Wohlstands für alle nicht erfüllen kann – im Gegenteil: die sozialen Spannungen verschärfen sich.

Es herrscht ein tiefes Gefühl der Verunsicherung, der Orientierungslosigkeit, in das der Populismus mit scheinbar einfachen Lösungen und Identifizierungen aus der Vergangenheit (Nation, Gemeinschaft der Gleichen u. a.) leicht eindringen kann. Es gibt ein Bedürfnis nach Rückversicherung in einer unübersichtlichen globalisierten Welt, ein Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit – aber auch ein Bedürfnis nach einem Weltbild, das dazu inspiriert, sich für und in der Gesellschaft zu engagieren.

Die politische Führungselite hat keine Vorstellung davon, wie die Zukunft der Gesellschaft aussehen soll. Sie hält sich entweder nicht für zuständig oder weiß keine Antwort auf die alles entscheidende Frage des Menschen: Was gibt unserem Leben Sinn. Oder noch dramatischer: Was ist es eigentlich, was uns als Menschen ausmacht? Eine Frage, die auch angesichts der Entwicklung künstlicher Intelligenz immer dringender wird.

Was ist das Ziel der Freiheit, die uns die liberale Demokratie errungen hat? Der unfreie Mensch des Mittelalters hatte eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens: Das Leben nach dem Tod.

Die freie Gesellschaft muss sich diesen Sinn selber schaffen, wir brauchen eine gesellschaftliche Moral, die über Konsum und Unterhaltung hinausreicht, ja, die über uns selbst hinausreicht. Diese Forderung wird schon lange erhoben, aber sie wird jetzt, in der Spätphase der Moderne, besonders dringlich.

Francis Fukuyama hat die Kritik an seinem Wort vom „Ende der Geschichte“ aufgegriffen und seine These in ei-

nem Buch „Das Ende der Geschichte und der letzte Mensch“ geschärft und erweitert. Er beschwört darin die Gefahr, dass die liberale Gesellschaft sich selbst zerstört oder besser gesagt sich aufgibt, indem sie erschläfft, zerfasert und die Menschen sich nur noch um ihre Privatinteressen kümmern.

Der Begriff des „Letzten Menschen“ ist eine Anlehnung an Friedrich Nietzsche aus der Vorrede seines Zarathustra, wo dieser zu den Menschen redet: „Es ist an der Zeit, dass der Mensch sich ein Ziel stecke. Es ist an der Zeit, dass der Mensch den Keim seiner höchsten Hoffnung pflanze.“ Die Antwort der Zuhörer: „Wir haben das Glück erfunden, sagen die letzten Menschen und blinzeln“.

Schon vor Nietzsche und weniger poetisch-philosophisch als politisch-praktisch hat dasselbe Problem Alexis de Tocqueville^[1] in seinem Buch „Über die Demokratie in Amerika“ beschworen:

„Wenn die Bürger fortfahren, sich immer enger in den Umkreis ihrer kleinen häuslichen Anliegen einzuschließen und darin ruhelos tätig zu sein, so ist zu befürchten, dass sie zuletzt unzugänglich werden für jene großen und mächtigen öffentlichen Erregungen, die die Völker verwirren, sie aber vorwärtstreiben und erneuern.....Ich bekenne, dass ich davor zittere, sie könnten schließlich so sehr in den Bann einer feigen Liebe zu Gegenwartsgenüssen geraten, dass sie sich weder um ihre Zukunft noch die ihrer Nachkommen kümmern und dass sie lieber weichlich dem Lauf ihres Schicksals folgen, als dass sie nötigenfalls eine rasche und entschlossene Anstrengung zu ihrer Besserung unternehmen.“

So weit Toqueville. Diese Sätze klingen, als seien sie für unsere Zeit geschrieben: eine müde gewordene Gesellschaft, die mit sich und ihren Errungenschaften zufrieden ist und deren einzige Sorge darin besteht, dass sich an ihrem Wohlstand etwas ändern könnte. Die demokratischen Errungenschaften, denen sich nicht

zuletzt dieser Wohlstand verdankt, werden als selbstverständlicher Besitz betrachtet, um den man sich nicht weiter kümmern braucht. Das Engagement für die Gemeinschaft, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, ist in der Breite verschwindend gering. Der Egoismus wird – oder wurde zumindest vor dem Zusammenbruch der Träume vom immer wachsenden Wohlstand – geradezu als Tugend legitimiert, da doch das kombinierte Streben aller nach materiellen Gütern die Gesellschaft als Ganzes vorantreibt. „Greed is good“ (Gier ist gut) war einige Zeit in den USA ein keineswegs zynisch, sondern ernsthaft gemeinter Wahlspruch.

Diese Atmosphäre einer demokratischen Lethargie, man könnte auch sagen, eines demokratischen Nihilismus, ist der Nährboden für ein politisches Phänomen wie Trump (oder auch die AfD).

Man könnte nun einwenden, dass der Trumpismus ja nicht in der Mitte der Gesellschaft entstanden ist, sondern von dessen Rändern kommt, den Abgehängten oder sich abgehängt Fühlenden. Aber dieser Einwand hält genauerer Untersuchung nicht stand. Zum einen ist es zwar richtig, dass die Basis der Trump-Bewegung das sogenannte Prekariat oder wie die Amerikaner es brutal formulieren „the white trash“ ist, aber die Bewegung hat sich nur dadurch zu einer politischen Kraft von Bedeutung entwickeln können, dass sie aus dem bürgerlichen Establishment scharenweise Zulauf bekommen hat. Und das hängt mit dem zweiten entscheidenden Aspekt der Entstehung des Trumpismus zusammen: der Glaube an den Wert der Demokratie ist dabei, der Gesellschaft verloren zu gehen, teils ist es die Schuld unfähiger und verlogener Politiker, teils ist es in einer sich selbst verstärkenden Wechselwirkung die Lethargie und das Desinteresse der Bürger am politischen Prozess. Der demokratischen Gesellschaft fehlt es an einer sie tragenden Moral, die über das kapitalistische Wohlstandsversprechen hinausreicht, einer Moral, die neben dem Recht auf individuelle Selbstverwirklichung die Bereitschaft zum Einsatz für die Gemeinschaft einfordert. Wenn es unserer Gesellschaft nicht gelingt, sich aus der al-

leinigen Bindung an rein materielle Werte wie Wachstum, Effizienz, Gewinn, Produktivität zu befreien, sich von der unseligen Fokussierung auf das Geld zu lösen, wird sie den Weg aller Gesellschaften gehen, die ihren moralischen Halt verloren haben und nur noch die bestehende Ordnung, besser gesagt Unordnung zäh verteidigen. Sie werden untergehen. Die Trumps sind nicht die Verursacher dieses Untergangs, sie sind nur seine Begleiterscheinungen, sie bieten sich der demokratischen Gesellschaft als Totengräber an.



Zum Autor

Dr. Werner Peters



Jahrgang 1941, Studium der Altphilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard

Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

Buchveröffentlichungen u. a.:

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009), »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<http://www.hotel-chelsea.de>



Online bei uns zu bestellen:
<http://shop.humane-wirtschaft.de>
 oder per Bestellkarte hinten in dieser Ausgabe.

1 Alexis de Tocqueville (1805 - 1859) gilt als Begründer der Vergleichenden Politikwissenschaft. Mehr unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Alexis_de_Tocqueville